

Egoismus führt in die Katastrophe

Auch wenn die Klimakonferenz in Durban scheitert: An einer Bewirtschaftung globaler Gemeinschaftsgüter führt kein Weg vorbei. Marktmechanismen wirken zu langsam

Ottmar Edenhofer

Wettbewerb und private Eigentumsrechte haben den Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts entfesselt und ein nie da gewesenes Wirtschaftswachstum ermöglicht. Der Wohlstand des 21. Jahrhunderts hingegen wird durch Kooperation und die nachhaltige Bewirtschaftung globaler Gemeinschaftsgüter bestimmt. Dieser doppelte Wandel ist fundamental.

Atmosphäre und Ozeane – um die vielleicht wichtigsten globalen Gemeinschaftsgüter zu nennen – werden heute als kostenlose Mülldeponie für Treibhausgase genutzt. Die Wälder als CO₂-Senke geraten durch steigende Nahrungsmittelpreise unter Druck und werden abgeholzt. Durch unbeschränkten Zugang werden diese Deponien überstrapaziert, und es kommt zu gefährlichem Klimawandel, der die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens bedroht. Die Klimakonferenz von Durban ist ein weiterer Versuch, hier eine Grenze einzuziehen. Er wird misslingen.

Das Klimaproblem zeigt die Herausforderungen einer nachhaltigen Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter wie unter einem Brennglas. Um das Zwei-Grad-Ziel mit mittlerer Wahrscheinlichkeit zu erreichen, dürften nur noch etwa 750 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in der Atmosphäre deponiert werden. Auch ein weniger ehrgeiziges Ziel erlaubt nur wenige Hundert Milliarden Tonnen zusätzlich. Bei 33 Milliarden Tonnen



Portrait: Axel Kramer / epa, Bildfunk

„Der Strukturwandel kommt nicht schnell genug“

OTTMAR EDENHOFER
ist Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung

globaler CO₂-Emissionen im Jahr 2010 – Tendenz steigend – lässt sich leicht ausrechnen, dass die Deponie in wenigen Dekaden voll ist. Was bedeutet: Die Weltwirtschaft muss in wenigen Jahrzehnten vollständig dekarbonisiert sein.

Manche Beobachter hoffen, Klimaschutz könnte automatisch aus Marktmechanismen resultieren. Die begrenzten Vorräte von Kohle, Öl und Gas würden zu steigenden Rohstoffpreisen führen, die den raschen Umstieg auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz erzwingen. Das ist jedoch eine Illusion. Es lagern noch 12 000 Milliarden Tonnen Kohlenstoff im Boden, besonders in Form von Kohle, die relativ günstig zu Treibstoffen verflüssigt werden kann. Eine andere Hoffnung ist, dass die erneuerbaren Energien rasch billiger werden als Kohle, Gas und Öl. Zwar hat es hier in den letzten Jahren deutliche Kostenreduktionen gegeben. Derzeit macht ihr Anteil am globalen Primärenergieverbrauch aber nur zwölf Prozent aus. Zweifellos werden die Preise für fossile Energieträger irgendwann steigen und die Kosten für erneuerbare fallen. Die Frage ist nur: Kommt dieser Strukturwandel schnell genug? Die Antwort nahezu aller Szenarienrechnungen lautet: Nein.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Die Nutzung fossiler Energieträger muss global gedeckelt werden. Das aber führt zu Verteilungskonflikten. Wenn ein Großteil ihrer Ressourcen im Boden bleiben muss, kommt Klimapolitik für die Besitzer von Koh-

le, Öl und Gas einer Entwertung ihres Vermögens gleich. Außerdem müssen die knappen Nutzungsrechte zwischen Afrika, China, den USA und anderen Weltregionen fair verteilt werden. Auch ist zu klären, wie viele Rechte kommenden Generationen zugestanden werden. Angesichts all dieser Schwierigkeiten ist es erstaunlich, dass überhaupt noch international um ein Abkommen gerungen wird.

Ist also die effiziente und gerechte Nutzung von Gemeinschaftsgütern zum Scheitern verurteilt? Die Ökonomie-Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom ist zu dem Schluss gekommen, dass Gruppen auf lokaler Ebene durchaus effektive Nutzungsregeln durchsetzen können. Dieser Nachweis steht jedoch auf globaler Ebene bislang noch aus.

Dabei erfordert die Bewirtschaftung globaler Gemeinschaftsgüter keine Weltregierung. Zunächst könnten nationale Subventionen für fossile Energieträger abgebaut und zur Förderung erneuerbarer Energien verwendet werden. Kalifornien, Australien und auch China erwägen die Einführung des Emissionshandels nach europäischem Vorbild. Städte könnten durch öffentlichen Nahverkehr und Umbau der Gebäudeinfrastruktur ihre Emissionen senken. Deutschland kann mit einer erfolgreichen Energiewende zeigen, dass sich Wohlstand und Emissionswachstum entkoppeln lassen.

Ein zwischenstaatliches Abkommen bleibt unverzichtbar. Sonst können regional eingesparte Emissionen

immer zu einem Mehrverbrauch in anderen Ländern führen. Es wäre aber das Ende der Klimapolitik, wenn wir mit den guten Umsetzungsbeispielen bis zum Abschluss eines globalen Abkommens warten. Solche Beispiele können den Schwellenländern zeigen: Emissionsminderungen führen nicht zu sinkendem Wohlstand.

Erst langsam werden wir uns bewusst, dass globale Gemeinschaftsgüter für die Menschheit ein Vermögen sind, das zu verschleudern fatal wäre. Wir sind Treuhänder dieses Vermögens und damit Treuhänder der kommenden Generationen. Wir haben die Aufgabe, so zu investieren, dass wir dieses Vermögen mehren oder wenigstens erhalten.

Für diese Aufgabe aber fehlen uns vielfach schlicht die Wissensgrundlagen. Daher brauchen wir neue Formen des Austauschs zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft – wissenschaftliche Politikberatung als Dialog statt wahlweise als technokratische Dienstleistung oder moralische Weltbeglückung. Nötig ist, Landkarten des Wissens zu erstellen, die mehrere gangbare Wege aufzeigen. Und dabei offen auch Risiken und Unsicherheiten im Lichte verschiedener Wertvorstellungen erkunden.

Die Schuldenkrise und die Klimakrise haben nicht nur gemeinsame Wurzeln: das Leben auf Pump zu lasten kommender Generationen. Sie haben auch eine gemeinsame Lösung: nachhaltiges Wirtschaften.

E-Mail leserbriefe@ftd.de